

Der Nationalrat will integrierte Versorgungsnetzwerke klar vor anderen besonderen Versicherungsformen wie Ärztelisten, Telemedizin-Versicherungsprodukten und vor allem der freien Arztwahl bevorzugen. Es soll ein Umfeld geschaffen werden, das Managed-Care-Modelle fördert. Die Politikerinnen und Politiker haben Managed Care heilig gesprochen, weil sie sich damit Einsparungen im Gesundheitswesen erhoffen.

Tatsache ist, dass im heutigen Gesundheitswesen Krankenkassen nur sogenannte Managed-Care-Modelle mit integrierter Versorgung anbieten. Damit sieht der Nationalrat eine Gesetzesänderung vor, die den Krankenversicherern in die Hand



Krankenversicherer sind Durchführungsorgane des Bundes, sind also ausgelagerte Bundesstellen. Mit dieser Managed-Care-Vorlage verstaatlicht der Gesetzgeber die medizinische Versorgung und subventioniert diese Verstaatlichung durch die Zwangsversicherung.

Das Gesundheitswesen wird verstaatlicht und niemand wehrt sich

spielen soll. Alle Bürgerinnen und Bürger sind gezwungen, sich bei einer Krankenkasse zu versichern. Diese werden damit mit staatlichen Zwangsabgaben alimentiert. Mit diesem Geld dürfen die Krankenversicherer dann integrierte Versorgungsnetze aufbauen und mit Prämiegeldern quersubventionieren. Denn nur die Krankenversicherer erhalten vom Staat risikofrei Startkapital für alle Unternehmensabenteuer zugeschanzt, deren unsinnige Kosten vom Prämienzahler getragen werden.

Die Krankenkassen sind schlimmer als die Banken. Denn den Banken gebe ich mein Geld freiwillig. Die Krankenkassen hingegen nehmen mir zwangsweise das Geld aus der Tasche. Und für mich als Arzt ist das besonders bitter, denn mit meinen Prämiegeldern dürfen die Kassen nun vom Staat geförderte Versorgungsnetzwerke aufbauen, die mich als Arzt konkurrenzieren.

Nun würde man ja annehmen, dass sich unsere Ärzteorganisationen mit Händen und Füßen dagegen wehren. Weit gefehlt! FMH und Hausärzte Schweiz HACH unterstützen diese Vorlage. Sind wir nun verwundert? Nein, wenn eine Berufsorganisation von Akademikern einen erklärten Sozialisten als Präsidenten hat, muss man sich ja nicht wundern, wenn dieser Berufsstand verstaatlicht werden soll.

Das Verhalten der Berufsverbände ist inakzeptabel. Hier wird offensichtlich innert kurzer Zeit ein Schisma zwischen Staatsärzten und freiberuflichen Ärzten entstehen.

Dr. med. Hans-Ulrich Bürke
Präsident FMP